

# Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Nr 51.

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482. Geschäftsinsolvenz pro 3gepaltene Seite ober deren Raum 25, für Zahlst. 15 Pf. Off.-Annahme 10 Pf.

Hannover,

Sonnabend, den 21. Dezember 1907.

Verlag: A. Bohrer, Hannover, Mühlstr. 5. Verantwortlicher Redakteur: S. Schneider, Hannover, Mühlstraße 5, III. Fernsprech-Anschluß 3002. Druck von C. A. H. Meißner & Co., Hannover.

16. Jahrg.

## Streiks oder Aussperrungen.

bestehen in Burg bei Magdeburg, Söbnerberg und Oggersheim.

An Streiks oder Aussperrungen beteiligt sind wir in Meissen, Blankenburg und Rünberg.

Zugang nach den angeführten Orten ist streng fernzuhalten.

## Das Fest der Verheißung.

Wenige Tage noch, und die alte Verheißung klingt auf neue durch die Lande: „Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen.“ Von vielen tausend Kanzeln wird sie verkündet, viele tausend Glocken läuten sie ein. Klein, sehr klein ist die Zahl derer, die über diese herausgehende Verheißung die nüchterne Wirklichkeit vergessen können. Gar viele und schöne Verheißungen sind den Menschen verkündet worden — wie Flugland unter den Fingern sind sie alle zerronnen. Die Zeit hat sich ein ehernes Kleid gewoben und die Schwärmer verläßt, die sie in das goldig glitzernde Spinnwebgewebe ihrer Träume hüllen wollten.

„Wenn sich die Mühlsteine von selber drehen, dann ist das goldene Zeitalter der Menschheit gekommen“, verkündete vor mehr als 2000 Jahren der große griechische Philosoph Aristoteles. Kaum 200 Jahre nach ihm dreht sich die Mühlsteine von selber. Die Menschen hatten das Wasser in ihren Dienst gezwungen und jubelnd wurde die Wassermühle, die Befreierin der Menschheit, begrüßt. „Schonet der mahelnden Hand, o Müllerinnen, und schlafet sanft, es verkündet der Hahn euch den Morgen umsonst. . . . Lasset uns leben das Leben der Väter und lasset der Gaben, arbeitslos uns freuen, die uns die Göttin geschenkt“, sang der begeisterte Antiphoros. — Heute haben die Menschen die Naturkräfte zu Knechten gemacht und selbst den Blitz, die mächtige Waffe, die die Hykopen dem Zeus geschmiedet, in ihren Dienst gezwungen, aber das goldene Zeitalter der Menschheit ist noch immer nicht gekommen.

Und wieder einige Jahrhunderte später wollte der Zimmermannssohn Jeshu aus Nazareth die Menschen einen, daß eine Herde und ein Hirte würde. Die Liebe sollte dies Wunder vollbringen. „Liebe deinen Nächsten, wie dich selbst, das ist das höchste Gesetz, von dem alle andern abhängen.“ Es war kein neuer Moralgrundsatz, den der Nazarener predigte. Schon 600 Jahre vor ihm lehrte Bittalos von Mytilene: „Tue deinem Nächsten nicht, was du ihm verübeln würdest!“, und der Lehrling Konfutses (500 J. v. Chr.): „Tue jedem andern, was du willst, das er dir tun soll, und tue keinem andern, was du willst, das er dir nicht tun soll, du brauchst nur dieses Gebot allein, es ist die Grundblase aller andern Gebote“, enthält dem Sinne nach das ganze ethische Grundgesetz des Nazareners. Auch alle andern von Jesus gelehrt Moralgrundsätze sind vor ihm von den griechischen Philosophen gelehrt worden. Aber der scharfsichtige Zimmermannssohn erkannte, daß alle Morallehren den Armen nicht helfen, wenn die Reichen nicht gezwungen werden, danach zu handeln. Und deshalb stellte er über seine Lehre einen lebendigen Gott, einen Gott, der die Liebe will und die Selbstsucht haßt, der die Armut belohnt und den Reichtum straft. „Kommet her zu mir alle, die ihr mühselig und beladen seid, ich will euch erquicken!“ ruft er den Armen zu; für die Reichen aber hat er nur düstere Drohungen:

„Wehe euch, ihr Reichen, denn ihr habt euren Trost dahin! Wehe euch, die ihr voll seid, denn euch wird hungern! Wehe euch, die ihr jetzt lachet, denn ihr werdet weinen und heulen!“

„Wehe euch, die ihr Paläste baut mit dem Schweiß anderer! Jeder Stein, jeder Ziegel, aus dem sie bestehen, ist eine Sünde.“

Und dann jene furchtbare Mahnung:

„Es ist leichter, daß ein Kamel durch ein Nadelöhr gehe, als daß ein Reicher in das Reich Gottes komme.“

So sehen wir in Jesus einen Menschen mit einem Herzen voll großer, reiner Liebe für die Armen und Unterdrückten. Und wenn er seine Lehre in den Mund eines Gottes legt und den Reichen ewige Verdammnis predigt, so nur deshalb, weil er glaubt, daß die Drohung die Reichen erschrecken und sie zur Hergabe ihrer Güter zwingen würde. Er irrte! Am Kreuze büßte er seine Aufsehnung wider die „göttliche Ordnung“ der Dinge.

Die Geburt dieses menschlichen Helden bildet den christlich modifizierten Inhalt des kommenden Weihnachtsfestes. Ihm zu Ehren klingt die Verheißung vom Frieden auf Erden in die waffenstarrte Welt hinaus. Wenn aber der Nazarener heute lebte, so würde er wieder wie einst zur Geißel greifen und die Wechsler aus seinem Tempel jagen. Denn dieselben Christen, die den Menschen Jesus zu einem Gott erhoben, haben seine Lehre in den Staub gezogen. Seine ungeheuren Drohungen an die Reichen sind vergessen oder umgemodelt zu Trostsprüchen für die Armen. An der-

selben Stelle, wo das Friede auf Erden klingt, wird der Beistand des Christengottes herabgeflucht für den blutigen Krieg; derselbe Priester, der die friedliche Gemeinde segnet, segnet auch die todbringende Kanone, und getauft wird nicht nur das neugeborene Kind, sondern auch das aus hundert Schloten Verderben sprühende Kriegsschiff.

Der Nazarener glaubte, daß die Handlungen der Menschen sich regeln müssen nach den Gesetzen der Götter, — die Geschichte lehrt, daß die Gesetze der Götter diktiert werden von den Interessen der Menschen.

Neunzehn Jahrhunderte sind hinabgefallen in den Schoß der Zeit, seit Jesus die Mühseligen und Beladenen erquicken wollte am Born der allumfassenden Liebe; die Mühseligen und Beladenen hungern und dürsten noch heute.

Am Anfang des vorigen Jahrhunderts, als die Menschen den Dampf in ihren Dienst zwangen, begeisterten die aufkommenden Maschinen einen Nationalökonom zu einer neuen Verheißung:

„Durch die Anwendung der physikalischen Kräfte wird ein ökonomisches Hilfsmittel geschaffen, das in seinem Gefolge Armut zu Ueberfluß, Krankheit zur Gesundheit und Laster zur Tugend umgestalten wird.“ Wenige Jahre später zerstörten in England die Chartisten Fabrikgebäude nebst Maschinen, weil die eisernen Gesellen ihnen nicht nur die Arbeit, sondern auch Lohn und Brot geraubt hatten. Nicht ein Befreier wurde die Maschine dem Arbeiter, sondern ein Mittel, ihn vorerst noch hundertmal mehr wie bisher knechten und ausbeuten zu können. Armut, Krankheit und Laster flohen nicht vor der Maschine, machten sie vielmehr zu ihrem Bundesgenossen, nein, zu ihrem Diener.

Soviel Verheißungen, soviel Enttäuschungen! Aber gleich wie aus dem Irrium die Wahrheit geboren wird, sehen wir im Geröll zusammengestürzter Verheißungen deutlich den Weg zum Aufstieg. Ein Neues geht durch die Lande! Keine Verheißung und keine Tröstung, sondern ein Kampf! Proletarier aller Länder vereinigt euch! Klingt es drohend und jubelnd zugleich. — Und die Mühseligen und Beladenen aller Länder und Jungen scharen sich unter diesem Ruf zusammen und fordern ihren Anteil an Lebensglück und Lebensfreude.

Wir falten nicht ergebungsvoll die Hände im Schoße, und warten, bis die Götter uns das goldene Zeitalter schenken, sondern wir legen selber Hand an und tragen rastlos Stein um Stein herbei zu jenem großen Menschheitsbau, in dem nicht mehr Unterdrückte und Unterdrückte, sondern nur noch freie Menschen wohnen werden.

Die wachsende Erkenntnis geschichtlicher Zusammenhänge zeigt uns, daß Unterdrückte nur befreit wurden, wenn sie sich selbst befreiten, und daß alle von Mitleid und Liebe diktierten Verheißungen zerschellen müssen, weil sie Freiheit, Recht und Glück wohl für, aber nicht durch die Recht- und Glücklosen erringen wollen. Dieselbe Erkenntnis zeigt uns aber auch, daß mit derselben Gewißheit, mit der die Verheißungen scheitern mußten, der Weg unablässigen Ringens zum Ziele führt. Und diese Siegesgewißheit ist es, die uns alle Gefahren und Schwierigkeiten gering achtet, jede Niederlage überwinden läßt. Darum kann und soll uns das Weihnachtsfest ein Fest der Freude und der Hoffnung sein. Die Jahrtausende alte Verheißung aber wird übertönt werden durch unsern Jubelruf:

Aus der Tiefe sah ich sie steigen,  
Die Erlösung unsrer Welt!

## Aus dem Reichstage.

Am 5. Dezember begann ein Wettlauf der bürgerlichen Parteien um die Gunst des Handwerker- und Mittelstandes, aber mehr als rednerische Schaugerichte vermochte man den vom mobilen und immobil Kapital bedrohten Erwerbsgruppen auch nicht zu bieten. Aus dem Wunschzettel der handwerker- und mittelständlerischen Forderungen ist manches erfüllt worden, trotzdem klagen die, welche solcherweise Hilfe bekommen, heute mehr denn je. Die nach den Zuständen der Vergangenheit verfaßten sozialpolitischen Rezepte müssen also eine heilkräftige Wirkung nicht ausgeübt haben. Der diesmalige Antrag lautete:

Der Reichstag wolle beschließen:  
die verbündeten Regierungen zu ersuchen, zur Erhaltung und Förderung des gewerblichen Mittelstandes folgende Maßnahmen zu treffen:

### A. Zugunsten des Handwerkerstandes

#### I. Gelegenheitsarbeiten vorzulegen, durch welche

1. Bestimmungen zur Abgrenzung von Fabrik- und Handwerker, insbesondere soweit die Zugehörigkeit zur Handwerks- und Handelskammer in Betracht kommt, festgelegt und unter Ausziehung der bewilligten Kreisbeschlüsse zur Entscheidung der bezüglichen Streitigkeiten geschaffen werden;
2. die Fabrikbetriebe mit handwerksmäßig ausgebildeten Arbeitern zu benutzigen Kosten herangezogen werden, welche den Handwerkerorganisationen für die gewerbliche Ausbildung der Handwerkerstandes erwachsen;

3. die Ausbildung von Lehrlingen in handwerksmäßigen Betrieben nur solchen Personen gestattet wird, welche den Meistertitel (R.-G.-O. § 133) zu führen berechtigt sind \*);
4. die Grenzen der Zulassung zur freiwilligen Invalidenversicherung für selbständige Handwerker und andre Kleingewerbetreibende erweitert werden;
5. die Sicherung der Forderungen auch an handwerklich herbeigeführt wird \*);

### II. bei Vergebung öffentlicher Arbeiten und Lieferungen für das Reich unter Berücksichtigung der für die betreffenden Gewerbe bestehenden Tarifverträge

1. die Handwerkerorganisationen,
2. die Handwerker, welche den Meistertitel zu führen berechtigt sind,

tunlichst zu berücksichtigen;

### III. ein Handwerkerblatt nach Vorbild des Reichs-Arbeitsblattes herauszugeben.

#### B. zugunsten des kaufmännischen Mittelstandes

##### I. Gegenstände vorzulegen, durch welche

1. das Gesetz über den unlauteren Wettbewerb entsprechend erweitert, das Ausverkaufswesen geregelt und das Gesetz über die Abzahlungs-Geschäfte einer, seine Härte behebenden Revision unterzogen wird;
2. besonders tunlichst aus dem Kaufmannsstande zu berufende Aufsichtsbeamte — Handelsinspektoren — eingeführt werden, welche an Stelle der Polizeibeamten die Durchführung der Bestimmungen zum Schutze der Gehilfen und Lehrlinge überwachen;

dabei auch in Erwägung darüber einzutreten, ob und wie diese Aufsichtsbeamten für die Kontrolle des Ausverkaufswesens, der Wanderlager und Wanderverkäufe, sowie der Abzahlungs-Geschäfte herangezogen werden können.

##### II. Erhebungen über die Lage des kaufmännischen Mittelstandes auf dem Lande, in den kleinen, mittleren und größeren Städten unter öffentlicher und kontraktlicher Anhörung der verschiedenen Interessentengruppe in die Wege zu leiten.

Die Herren aus dem bürgerlichen Lager, die den Widerstreit der Interessen zwischen Arbeiter und Arbeitgeber mit Nachdruck verleugnen, von Klagengegenständen nichts wissen wollen, müßten gemäß dieser ihrer Theorie doch erst recht zu der Erleuchtung kommen, daß es einen Gegensatz zwischen Handwerk und Großbetrieb nicht gibt; daraus würde sich dann das Streben nach einer gemeinsamen Vertretung aller selbständigen Gewerbetreibenden erheben. Was die Herren Innungsmeister in Deutschlands Gauen für fachgewerbliche Ausbildung aufwenden, ist, soweit es sich erschließen läßt, nicht sonderlich viel. In Berlin gaben 18 Zwangsinnungen mit 14886 Mitgliedern im Jahre 1905 9 Pfg. pro Mitglied aus! Die in dem Antrag geforderte freiwillige Invalidenversicherung ist von den sozialdemokratischen Abgeordneten gefordert worden zu einer Zeit, als die bürgerlichen Politiker ihr handwerker- und mittelständlerisches Herz noch nicht entdeckt hatten, sie haben diese Forderung damals abgelehnt, heute benutzen sie diese als wahlplatorischen Köder.

Die geforderten Handelsinspektoren entsprechen auch einer sozialdemokratischen Forderung. Der Antrag wurde vom Zentrumsgewählten Trimborn begründet. Die Stellung der Sozialdemokratie vertrat Schmidt, Brähne und Albrecht. Zwei Tage dauerte die Debatte der Sympathieerklärung für Handwerk und Mittelstand. Der Kampf gegen den Kapitalismus wird dem Handwerker- und Mittelstand durch die schönen, von Liebe und Hilfsbereitschaft überfließenden Reden der bürgerlichen Politiker nicht erleichtert werden. Zur Erleichterung ist vielmehr erforderlich: eine gut bezahlte, in ihrem Verbrauch nicht beschränkte Arbeiterklasse: eine Handels- und Sozialpolitik, welche die Syndikate und Unternehmerklasse nicht fördert, die Rohstoffe und Halbfabrikate nicht verteuert, und ferner eine Politik, welche wichtige Produktionsmittel, wie es der Geschäftskreis oder die Elektrizität ist, nicht Gegenstand privater Spekulation sein läßt. Von alledem wollen aber die „Handwerkerfreunde“ gar nichts oder wenig wissen.

Am 9. Dezember wandte sich das Haus vom mittelständlerischen Liebesbetöuerungsgerede ab und praktischer Behinderungspolitik gegenüber den Arbeiterbestrebungen zu. Das Vereinsgesetz kam zur ersten Lesung! Begründet wurde der von uns bereits gewürdigte Entwurf von dem neuen Mann, dem Herrn Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg. Was uns an dem Entwurf die Annahme unwert erscheinen läßt, macht ihn dem Herrn Minister wert. Nach seiner Auffassung gehört die Frage des Koalitionsrechts der Landarbeiter in dieses Gesetz nicht hinein. Die Frage, „ob“ und „wie“ die Landarbeiter sich koalieren könnten, das müßte Gegenstand einer besonderen Beratung sein. In dem Sprachparagrafen will die Regierung festhalten. Die Redner des Bloß fanden nach einander, daß der Entwurf eine geeignete Grundlage zur Schaffung des Gesetzes abgebe. Dabei war es nicht schwer, den Widerwillen heraus zu hören, den die Konservativen und ihre parlamentarischen Hinterassen gegen die vorgezeichnete Aushebung der Bestimmungen haben,

\* Die unter 3 und 5 aufgeführten Forderungen sind, weil sie der Gegenstand gesetgeberischer Vorlagen geworden, zurückgezogen.

die heute jugendliche Personen von den Versammlungen ausschließen.

Der Vertreter des Zentrums, wiederum Herr Trimborn, fand den Entwurf wegen des Sprachenparagrafen unannehmbar, und auch gegenüber den sonstigen Bestimmungen fand dieser Redner scharfe ablehnende Worte, von denen man nur bedauern kann, daß sie neben entsprechenden Taten nicht schon zu der Zeit bemerkbar wurden, als das Zentrum noch im Vollbesitze parlamentarischer Macht war. Wie es mit dieser die Zolltarife, Militär- und Flottenlasten und diverse indirekte Steuern durchdrückte, konnte es auch der Regierung ein den Bedürfnissen der Zeit entsprechendes Vereinsgesetz abnötigen. Unsere Unterstützung hätte es dabei gefunden. Herr Trimborn findet, daß der Entwurf wegen des Verbots des Gebrauchs der Muttersprache in öffentlichen Versammlungen ein Verstoß gegen das Naturrecht sei, daß er gegen die Ehre der Arbeiter verstoße, die ausländischen Arbeiter in gewerkschaftlicher Beziehung rechtlos mache, ein Ausnahmengesetz schimpflicher Art darstelle, weil er die Bürger in zwei Klassen teile: in eine, welcher der Gebrauch der Muttersprache erlaubt, und in eine, welcher der Gebrauch verboten oder von hoher obrigkeitlicher Genehmigung abhängig sei. Der Redner schloß mit einem Wort des Frankfurter Oberbürgermeisters Adides: „Wir müssen den Beamtenstab abschütteln und ein freies Volk werden.“

Schon! Wenn dann außerdem Herr Trimborn dafür wirken will, daß der „Brieffertab“ bei gewerkschaftlicher und politischer Agitation abgeschüttelt wird, aber derbe, dann kann es ja noch einigermaßen erträglich werden in Deutschland.

Ueber die Verpreßung Deutschlands, die sich nach diesem Entwurf über die Rheinlinie hinüber in bislang freierlicherer Gefilde erstreckt, wollte der nationalliberale Professor Sieber hinwegtäuschen. Aus bestehenden Bestimmungen Baden's und Württembergs führte er an, daß dort die Behörden Auskunft über Vereine und Anmeldung von Versammlungen verlangen können. Aber, so meinte Herr Sieber, die Regierungen dieser Länder seien vernünftig gewesen und hätten die Bestimmungen nicht angewandt. Das ist es eben. Es gibt Regierungen, die — die Bestimmungen anwenden werden. Das hat ein die freirechtliche Entwicklung nicht hemmen und hemmenwollender Gesetzgeber zu beachten. Die Rolle freimüthiger Regierungsvertreter fiel den freimüthigen Parteien zu. Besonders Herr Müller-Meinigen fand sich mit dieser Rolle so gut ab, daß er wahre Heiterkeitssätze entließ. Er findet auch den § 7 nicht schön. Aber was ist zu machen, wenn der andre Teil der Gesetzgebung, die verordneten Regierungen, nicht belieben, dem Gesetze diese Schicksalschleier zu nehmen. Da muß Herr Müller als braver Mann dem Entwurf zum Gesetz verhelfen, auch wenn es ein Ausnahmengesetz gegen ausländische und deutsche Landarbeiter wird.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Heine leuchtete auf Grund seiner bei den Arbeiterorganisationen gesammelten praktischen Erfahrung in die Herangehörigen politischer Willkür, welche dieser Entwurf, wenn er Gesetz werden sollte, nach der Hand des Redners, welche die Verteidigung des Entwurfs an nationalen Gründen unternehmen, hielt Heine entgegen, daß auch er national im Sinne der Erhaltung deutschen Rechts und deutscher Eigenart sei. Gerade deshalb muß er es als nicht national bezeichnen, wenn die Ehre der Nation durch Ungerechtigkeiten befleckt werde, letzteres wolle aber der § 7 des Entwurfs.

Am dritten Tage der Beratung kam der sozialdemokratische Abgeordnete Legien zum Wort. Er stellte unter anderem fest, daß der Entwurf, der das Koalitionsrecht im Jahre 1867 regeln sollte, den Landarbeitern das Recht zur Errichtung gewerblicher Vorkammern und Arbeitsbedingungen durch Verhandlung geben sollte. Das Gegenteil beabsichtigte der deutsche Minister als ein Unrecht. Heute, 40 Jahre später, will der Reichstag dieses Unrechts das Unrecht nicht zu wiederholen, sondern noch verschärfen.

Die Debatte wurde auf Antrag der Abgeordneten geschlossen und der Entwurf an eine Kommission von 28 Mitgliedern verwiesen.

Am folgenden Tag wurde der Entwurf der Beratung des Reichstages und des Gesetz zur Unterstützung des Reichstages geschlossen. Dann wurde Beratung bis zum 8. Januar 1905 befristet.

In dem Artikel in voriger Nummer haben wir festgestellt, daß es sich nicht um 1922, sondern um 1923 handeln handelt. Damit ist es auch die in obigen Darstellung.

### Die Stellung Preußens im Reich.

Am 1. Jan. 1905 ist ein neues Verfassungsgesetz in der Reichsverfassung beschlossen worden. Die Verfassung des Reiches ist eine Verfassung der Bundesstaaten. Die Bundesstaaten sind die Provinzen, die Länder und die Städte. Die Bundesstaaten sind die Träger der Bundesverwaltung. Die Bundesverwaltung ist die Verwaltung des Reiches. Die Bundesstaaten sind die Träger der Bundesverwaltung. Die Bundesverwaltung ist die Verwaltung des Reiches.

Die Verfassung des Reiches ist eine Verfassung der Bundesstaaten. Die Bundesstaaten sind die Provinzen, die Länder und die Städte. Die Bundesstaaten sind die Träger der Bundesverwaltung. Die Bundesverwaltung ist die Verwaltung des Reiches. Die Bundesstaaten sind die Träger der Bundesverwaltung. Die Bundesverwaltung ist die Verwaltung des Reiches.

Macht und Verlichter, die den bedrückten deutschen Kleinrentner zu Barbarengesängen auf den Schätzen, Turn- und Sängerkörnern begeisterte, seinen Wirkungskreis gefunden zu haben. Die amtierende Bureaucratie in Zivil und Uniform nahm für sich den Ruhm in Anspruch, daß ihr mit Blut und Eisen die Einigung Deutschlands geblüht ist, an der die 150 Professoren des 48er Parlaments in Frankfurt vergeblich herumgeredet hätten. Darin steckte zwar eine kleine Geschichtsfälschung, denn die nämliche Bureaucratie hatte mit Blut und Eisen die Einigung Deutschlands gehindert, als sie noch ein größeres Maß politischer Freiheit dem Volke hätte bringen müssen. Aber die Bourgeoisie ließ sich nur zu gern beirren. Schwächling zurückweichend, gab sie selbst die freirechtlichen Forderungen preis, die sie bei der Verfassungsberatung leicht hätte durchsetzen können.

Der Umsturz der Parteiverhältnisse in der damaligen Situation löst sich dahin präzisieren, daß dem Bürgertum seine wirtschaftlichen Forderungen in weitem Maße befriedigt wurden durch die Gründung des Deutschen Reichs, und daß als Gegenleistung dafür die Bureaucratie die ungenügende Aufrechterhaltung des bürokratischen Regierungssystems mit Bevorrückung des Junkertums gewährleistet erhielt in den Einzelstaaten wie in den neugegründeten Institutionen des Reichs. Die militärischen Einrichtungen galten fortan als unantastbar für parlamentarische Kritik und die Verfügung darüber als Vorrecht der Krone.

Für die große Masse des Volkes sprang, abgesehen von seiner Anteilnahme an den allgemeinen Vorteilen, die aus der Reichsgründung der wirtschaftlichen Entwicklung erwuchs, an politischen Erwerbungen nur das allgemeine Wahlrecht heraus, das sich als Erbteil des Jahres 1848 nicht umgehen ließ, das jedoch vorläufiger Weise von der nunmehr isolierten Bureaucratie und Bourgeoisie auf den Reichstag beschränkt wurde.

Die Bewältigung der Reichsaufgaben nahm in der nächsten Zeit Sinn und Interesse der gesamten Bevölkerung herbei gefangen, daß alle preussischen wie kleinrentnerlichen Sonderangelegenheiten abseits liegen blieben. Der Klassenpartei des Proletariats, der Sozialdemokratie, war jetzt erst im Anfang ihrer Entwicklung, Gelegenheit gegeben, sich bei den Wahlen Geltung zu verschaffen und durch parlamentarische Tätigkeit für ihre Ziele zu wirken. Naturgemäß mußte sie ihre ganze Aufmerksamkeit auf die Reichsangelegenheiten konzentrieren.

So behielt die amtierende Bureaucratie in Preußen, ungeführt durch demokratische Kritik, zunächst freie Hand in den öffentlichen Angelegenheiten, die den Einzelstaaten vorbehalten blieben, vor allem in der gesamten eigentlichen Landesverwaltung. Das Polizeiwesen, das Schulwesen, kirchliche Angelegenheiten, soweit sie nicht ohne Einmischung des Staats den Kultusgemeinden überlassen sind, aber auch die Ausübung der Gerichtsbarkeit im Strafrecht wie in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten blieben den Landesgerichtshöfen überlassen. Nur das Reichsgericht wie einige Spezialgerichte sprachen Recht im Namen des Kaisers und sind dem Reichsjuristamt unterstellt. Alle anderen Gerichtshöfe in Preußen ressortieren vom preussischen Justizminister.

Dem Kaiser nach und die Richter zwar frei und unabhängig, in ihren Entscheidungen an keinerlei Institutionen gebunden. Jedoch die Art ihrer Vorbildung wie die sorgfältige Sichtung der Anwärter für die Richterstellen durch die maßgebenden Behörden leistet Vürgschaft dafür, daß der preussische Richter erfüllt ist von dem Bewußtsein, ein Mitglied des herrschenden Beamtenkörpers zur Beurteilung der Untertanenschaft zu sein, nicht etwa ein Vertreter der Volksinteressen, der das Recht des Volkes oder des einzelnen gegen die Bureaucratie wahrzunehmen hätte.

Welche Fälle von Macht gibt das alles der Bureaucratie in die Hände! Aber darüber hinaus wirkt sie noch bestimmend ein auf die gesamte Gemeindevverwaltung, die ihrer Aufsicht unterstellt ist und in der sie nur solche Bürgermeister und Stadträte amtiert läßt, die Proben der Gutsjuntheit nach bürokratischem Maßstabe abgelegt haben.

Nicht minder bedenklich sind aber auch die wirtschaftlichen Funktionen der Landesverwaltung. Das ungeheure Gebiet der staatlichen Forsten, der landwirtschaftlichen Betriebe in den Staatsdomänen; dann die Bergwerke und die Eisenbahnen, die seit deren Verstaatlichung in Preußen fast samt und sonders staatlich verwaltet werden, — das alles liegt in den Händen der Bureaucratie. Das Arbeiterlohn, über das sie gebietet, betrifft sich allein auf 700 000 Personen. Dann liegt aber auch noch die Gewerbeaufsicht, trotzdem sie auf Reichsgesetz beruht, doch in den Händen staatlich angestellter Beamter.

Vergleicht man diese preussischen Angelegenheiten mit denen des Reichs, so sehen sie an Wichtigkeit keineswegs dahinter zurück. Aber weit über den Rahmen der inneren preussischen Angelegenheiten hinaus über die in der preussischen Landesverwaltung und ihren parlamentarischen Beamten, dem Herrenhaus und dem Abgeordnetenhaus, verordneten Machtfaktoren einen maßgebenden Einfluß aus auf das politische Leben des Reichs.

Die Reichsverfassung hat neben dem Reichstag, der aus allgemeinen Wahlen hervorgeht, einen „Bundesrat“ gestellt, der halb parlamentarische, halb bürokratische Funktionen ausübt, aber ganz bürokratisch zusammengesetzt ist. In wirklich parlamentarischen Staaten, wie England, ist das Ministerium nur ein Verwaltungsorgan des Parlaments, so daß es ein gegen das Ministerium gerichteter wichtiger Schritt des Unterhauses das Ministerium zur Amtsenthebung zwingt und die Führer der Opposition aus Minderheiten, wie ja niemand überhaup Minister werden kann, der nicht Mitglied eines der beiden Häuser des Parlaments ist. In bürokratisch regierten Staaten mit parlamentarischem Schein, wie es die deutschen Bundesstaaten sind, werden die Minister durch die Bureaucratie aus der amtierenden Bureaucratie ernannt. Sie sind der obersten Verwaltungsbehörde der Bureaucratie. Parlamentarische Verfassungen führen in Preußen kein Ministerium. Die kleine, aber mächtige Bureaucratie weiß ihr Ziel auf Hundstapfenwegen zu erreichen.

Die eigentlichen bürokratischen Oberbehörden bilden nun aber nicht die Minister im Bundesrat, sondern die bürokratische Oberbehörde im Reich. Von den 18 Mitgliedern des Bundesrats sind nur vier aus Preußen. Die übrigen 14 sind aus den übrigen Bundesstaaten. Die Preussische Bureaucratie ist die eigentliche Behörde, die die Bundesverwaltung leitet. Die Preussische Bureaucratie ist die eigentliche Behörde, die die Bundesverwaltung leitet.

Die Preussische Bureaucratie ist die eigentliche Behörde, die die Bundesverwaltung leitet. Die Preussische Bureaucratie ist die eigentliche Behörde, die die Bundesverwaltung leitet. Die Preussische Bureaucratie ist die eigentliche Behörde, die die Bundesverwaltung leitet.

Wo auch um die freirechtliche und demokratische Entwicklung im Reich rascher vorwärts zu treiben, muß die Bahn frei gemacht werden für die Beeinflussung der preussischen Angelegenheiten durch das klassenbewußte Proletariat.

### Zollpolitik und Sozialpolitik.

Das deutsche Volk hat in seiner Gesamtheit wenig Verständnis für die ihm aus der agrarischen Zollpolitik erwachsenden Gefahren gezeigt. Das kam am eckantesten bei der letzten Reichstagswahl zum Ausdruck. Trotz der vielen Hinweise, daß eine Stärkung der bürgerlichen politischen Parteien auch eine Förderung der unsocialen Zollpolitik, eine weitere Preissteigerung der wichtigsten Lebensmittel, und damit eine Mehrbelastung des Volkes mit sich bringen würde, haben die heute als Volksvertreter im Reichstage stehenden, den bürgerlichen Parteien angehörenden Abgeordneten viele Stimmen aus Arbeiterkreisen erhalten, auch solche von kleinen Beamten, Bauern und sonstigen Personen des sogenannten Mittelstandes. Da haben alle schon seit Jahren von der sozialdemokratischen Partei, der Partei- und Gewerkschaftspressen erhobenen Warnungen, daß eine solche Indolenz vieler Arbeiter und kleinen Leute der Zoll- und Wucherpolitik gegenüber zu neuen Preissteigerungen der Lebensmittel führen müsse, daß dadurch die Lebenshaltung der Arbeiterklasse herabgedrückt und die Unterernährung weiter plaggreifen müsse, bei einem nicht kleinen Teil der Arbeiter nichts gemerkt. Auch der durch Zahlen geführte tatsächliche Nachweis, in welchem Maße die Mehl- und Fleischpreise z. B. in die Höhe gegangen sind, hat nicht vermocht, den politischen Loren die Augen zu öffnen. Die Phrasen von dem Schutze des Vaterlands und seiner Kolonien tat ihre suggestive Wirkung auf viele und ließ sie blindlings gegen ihre eigenen Interessen wüten. Und die Verheißungen der Reichsregierung über die aus den Zöllen für die arbeitende Bevölkerung entspringenden sozialpolitischen Wohltaten taten ein Uebriges dazu, um dem deutschen Michel die neue Steuerlast erträglich erscheinen zu lassen. Die „Krönung des sozialen Gebäudes“ stand ja in Aussicht — das Versprechen einer Witwen- und Waisenversorgung.

Nach Tisch liest man es jetzt schon bedeutend anders. Treten die Preissteigerungen bei der Anführung der Marktpreise schon recht offensichtlich hervor, so kommen sie dem Arbeiter doch nicht voll zum Bewußtsein, weil er selten in der Lage ist, entsprechende Vergleiche anstellen zu können.

Offensichtlicher und in der Wirkung stärker zeigt sich die Verteuerung der Lebensmittel dort, wo der Arbeiter durch die Konsumvereine selbst Käufer von Waren bei den Großhändlern ist und wieder Verkäufer an sich selbst, an die Konsumvereinsmitglieder. Da ergibt sich recht augenfällig, wieviel dem Konsumenten bei den heutigen Lebensmittelpreisen materieller Schaden zugefügt und wieviel Tribut er den Brot- und Vollwuchern leisten muß. Dafür ein Beispiel: Roggenmehl hat innerhalb zweier Jahre eine Steigerung von 9,50 Mk. auf 14,50 Mk. pro Zentner erfahren. Weizenmehl von 12 auf 15 Mk., oder pro Pfund um 5 bzw. 3 Pfennig. Butter hat eine Steigerung von 7 Pf. pro Pfund erfahren, Margarine um 4 Pf., Seife um 7—11 Pf., Kakao sogar um 52 Pf. Mit dieser Steigerung der Getreidepreise hängen innig zusammen auch die Steigerungen vieler anderer Nahrungsmittel, so Graupen, Gries, Hirse, Stärke, Gerste, Malz, Kaffee, Hafermehl, auch Zwieback, Lebkuchen, Biskuit usw. usw. Hülsenfrüchte, eines der nahrhaftesten Nahrungsmittel für die ärmeren Klassen, sind gewaltig im Preise gestiegen.

Oberflächlich betrachtet, glaubt man aber gar nicht, wieviel diese anscheinend geringe Preiserhöhung für den Konsumenten ausmacht. Ein Konsumverein mit etwas über 3000 Mitgliedern, der im Jahre 18 600 Zentner Roggenmehl und 4000 Zentner Weizenmehl verbraucht, zahlt allein durch die angegebene Preissteigerung 105 000 Mk. mehr für Mehl, als vormals. Diesen doch immerhin enormen Ausfall müssen die Konsumenten decken. Entweder muß der effektive Preis für das Brot erhöht werden oder es muß um soviel kleiner und geringer im Gewicht hergestellt werden. Die Mitglieder des Vereins bekommen also jährlich für rund 100 000 Mk. Brot weniger bei gleicher Preiszahlung für das ihnen gelieferte Brot. Ebenso ist es mit den andern Nahrungsmitteln. Für den angegebenen Konsumverein macht ferner die Preissteigerung bei dem jährlichen Umsatz an Butter 5250 Mark aus, bei Margarine 3600 Mark, bei Kakao 1760 Mk. und bei Seifen 4200 Mk., so daß für nur sechs der wichtigsten Gebrauchsartikel — Roggen- und Weizenmehl zum Backen hinzugegerechnet — 118 810 Mk. Preissteigerung herauskommt, das macht für das einzelne Mitglied für nur diese sechs Artikel eine Einbuße von jährlich rund 40 Mk. aus, eine für den kleinen Haushalt eines Arbeiters schon erhebliche Summe. Daran läßt sich ungefahr ermessen, welche Belastung das Arbeiterbudget durch die Lebensmittelverteuerung, deren Ursache doch zum größten Teil die Zollpolitik ist, erfahren hat.

Der deutsche Michel nimmt alle diese Lasten auf seinen schon gekrümmten Buckel und singt nur abends in der Stille sein Freiheitlied, läßt sich aber bei Wahlen von den nationalen Phrasendreschern überlöpfeln und wählt die Brotverteurer und Zollpolitiker.

Doch auch die aus den Lebensmittelzöllen gewonnenen Reichseinnahmen scheinen das Versprechen der Fortführung der Sozialpolitik nicht erfüllen zu können. Auf der einen Seite: die ungeheure Steuerbelastung des Volkes durch die Zölle, auf der andern: die Witwen- und Waisenversicherung in weite Ferne gerückt. Die Berufsgenossenschaften hatten schon darauf gerechnet, daß sie nun noch mehr wie bisher die Hinterlassenen abwickeln könnten, daß Zweifelsfälle auch mehr als bisher von den Schiedsgerichten für Arbeitervertretung zu ihren Gunsten entschieden und der staatlichen Versicherung aufgeladen würden.

Bereits mehren sich die Stimmen in jenen Kreisen, die darauf verweisen, daß an eine Einführung der geplanten Witwen- und Waisenversicherung für das Jahr 1910 nicht zu denken sei. Die Zölle haben nicht die gedachten Einnahmen gebracht, das Inkrafttreten des Gesetzes

Die Preussische Bureaucratie ist die eigentliche Behörde, die die Bundesverwaltung leitet. Die Preussische Bureaucratie ist die eigentliche Behörde, die die Bundesverwaltung leitet. Die Preussische Bureaucratie ist die eigentliche Behörde, die die Bundesverwaltung leitet.

Die Preussische Bureaucratie ist die eigentliche Behörde, die die Bundesverwaltung leitet. Die Preussische Bureaucratie ist die eigentliche Behörde, die die Bundesverwaltung leitet. Die Preussische Bureaucratie ist die eigentliche Behörde, die die Bundesverwaltung leitet.

Die Preussische Bureaucratie ist die eigentliche Behörde, die die Bundesverwaltung leitet. Die Preussische Bureaucratie ist die eigentliche Behörde, die die Bundesverwaltung leitet. Die Preussische Bureaucratie ist die eigentliche Behörde, die die Bundesverwaltung leitet.

müßte über den angemessenen Zeitpunkt hinaus verschoben, der Kreis der Versicherten sehr beschränkt und die bestehenden Versicherungsgehalte zugunsten der Witwen- und Waisenversicherung eingeeignet werden, etwa in der Art, daß die niedrigen Unfallrenten aufgehoben werden. Anfänglich gab es bei Inkrafttreten des Unfallversicherungsgesetzes auch Renten von 5 Prozent, heute ist die niedrigste Rente 10 Prozent, künftig sollen dann gewiß nur noch Renten von 20 Prozent aufwärts gezahlt werden, die „Schnapsrenten“ kämen dann endlich, dem langgehegten Wunsche mancher Leute gemäß, gänzlich in Wegfall. Wer die Rechtsprechung in der Arbeiterversicherung von heute kennt, weiß, was dazu gehört, um 20 Prozent Rente zu bekommen. Schwere Handverletzungen und Fingerverstümmelungen, komplizierte Amputationen, Fuß- und Beinverletzungen, die beim Gehen und Arbeiten sehr beeinträchtigend sind, selbst der Verlust der Sehkraft eines Auges — sie alle werden nicht mehr höher bewertet. Diese niedrigen Renten bilden die Mehrzahl der Rentenbewilligungen. Wer etwa 50 Prozent verlangen will, muß schon ein fast völliger Krüppel sein.

Gleiche Enttäuschung dürfte die projektierte Höhe der Renten bei der Witwen- und Waisenversicherung bringen, wenigstens wenn den Vorschlägen eines der Herren Regierungsräte gefolgt werden sollte, der sich bereits der mühevollen Arbeit unterzogen und zur praktischen Lösung der bereits unstrittigen Frage diesbezügliche Vorschläge gemacht hat. Die Witwenrenten sollen 60—180 Mk. jährlich betragen, die Waisenrenten gar nur 36—84 Mk., also etwa die Höhe der jetzt gewährten städtischen Armenunterstützung. Die gesunde, kinderlose Witwe soll überhaupt keine Unterstützung bekommen, was einer Verschlechterung in bezug auf die jetzt schon durch das Unfallversicherungsgesetz gewährte Hinterbliebenenrente gleichkommen würde. Denn bei dem Anspruch auf Hinterbliebenenrente für die Ehefrau eines durch Unfall verstorbenen Ehemanns wird nicht danach gefragt, ob die Witwe krank oder kinderlos ist. Mit Inkrafttreten der staatlichen Witwenversicherung würden aber die Berufsgenossenschaften mit der Abwälzung der von ihnen lastig empfundenen Hinterbliebenenrenten bei gerichtlichen Entscheidungen noch mehr Glück haben, wenn die „staatliche Versorgung“ der Witwen im Hintergrund steht. Eine Engherzigkeit in den Vorschlägen zeigt sich ferner darin, daß das uneheliche Kind keinen Anspruch auf Waisenrente haben soll, wenn der Vater desselben stirbt.

Das sind so die wichtigsten Diademe aus der Krone der Sozialreform.

Wenn dann die sozialdemokratischen Abgeordneten wieder gegen eine solche Gesetzesvorlage stimmen, weil sie doch den Wünschen des Volkes und den auf sie gesetzten Hoffnungen zu wenig entspricht und weil sie auch den Bessprechungen der Regierungen und bürgerlichen Parteien zu wenig nahe kommt, so wird wieder ein großes Gezeiter in jenen Kreisen anbrechen, über den sozialpolitischen Unverstand der Sozialdemokratie

Die Arbeiterschaft aber ist wieder um eine Enttäuschung und Erfahrung reicher, die hauptsächlich die wirtschaftliche und politische Erkenntnis der Schuldlosen fördert, von denen auch der letzte Mann erkennen müßte, daß organisatorische Selbsthilfe auf beiden Gebieten weit stärkere Kräfte zu sozialreformatorischen Bestrebungen sind, als solche Verheißungen aus Lebensmittelskellen. Starkes politisches und wirtschaftliches Bewußtsein der Arbeiter und Arbeiterinnen würde dazu führen, daß der arbeitenden Klasse aus staatlichen Mitteln Unterstützungen in Notfällen gezahlt werden müßte, nicht erst, daß dem Arbeiter die Mittel hierzu durch Lebensmittelskellen vorher zehnfach abgenommen werden.

## Das Ende eines Scharfmachers.

Die Zahlstelle Wiesbach im bayerischen Oberland war seit vielen Jahren das Schmerzenskind ihrer Organisations. Das Konto der Maßregelungsunterstützung überstieg die Gesamtsummen ganzer Quartale, und wiederholt waren wir gezwungen, statt an die Hauptkasse abzuliefern, uns von dort Geld zuwenden zu lassen. Trotz dieser bedeutenden Ausgaben ging aber die Mitgliedschaft nicht in die Höhe. Herr Sauer dachte dies eben nicht! Um dies zu verstehen, muß man nämlich wissen, daß Herr Sauer der allmächtige Direktor einer Papierfabrik ist.

„Am Baum“ — so heißt dieses Pajachal — ganz er wie ein junger Türke, Seine den Arbeitern, wenn sie einmal den Grund der Gewaltigen herausfordern. Strafen, Entlassungen, unerhörte hohe Abzüge an den Prämien u. dergl. zeigten ihnen, wer Herr im Hause ist. Die Löhne waren miserabel, und wohl in der Erkenntnis, daß hier eine starke Organisation einmal zu gründen der Arbeiter einschreiten könnte, wurde jeder rücksichtslos entlassen, der sich erlaubte, unsern Verbande beizutreten. Vortellig werden der Verbandsvorleiter mühte nichts, der Herr Direktor war pagig und die Herren Aufsichtsräte kamien ihren Herrn Sauer nur als einen tüchtigen und gerechten Herrn. Als einziges Mittel, um die Macht des Direktors und seiner Büchsenpanzer zu brechen, blieb nur noch die Öffentlichkeit.

In Nr. 186 der „Münch. Post“ vom 19. August 1905 erschien nun ein Artikel, in dem die dortigen Verhältnisse scharf kritisiert wurden und Sauer aufgefordert wurde, diese unhaltbaren Zustände zu beseitigen. Da keine Aenderung eintrat, so erschien am 3. September ein weiterer Artikel, „Der Sauerwurm“ überschrieben, in dem ausgeführt wurde, daß von diesem Herrn ein besseres Eingreifen nicht zu erwarten sei. Dieser Artikel enthielt des weiteren so schwere Vorwürfe gegen Sauer, daß derselbe gezwungen war, Klage gegen den Redakteur Gruber von der „Münch. Post“ zu erheben. Ueber ein Jahr zog Sauer die Klage hin, dann zog er sie zurück.

Am 26. November 1905 fand nun in Wiesbach eine öffentliche Versammlung statt, „ein Haberdirektoren“, wie es der Wiesbacher Anzeiger“ nannte, in der durch den Referenten Gruber, unsern Kollegen Lauschel, sowie den Vorsitzenden des Kartells, Gottfried Bild, Herr Sauer und Verführer Holzhammer bös mitgenommen wurden. Nun waren die beiden Herren wieder beleidigt und schickten Beleidigungsklagen, die kürzlich in fünfzägiger Verhandlung ausgetragen wurden. Schon der erste Tag gestaltete sich vernichtend für die Ankläger. Zu ergreifender Weise schilderte die erste Zeugin, wie sie als junges unerfahrenes Mädchen von Sauer, der damals schon verheiratet war, verführt und dann im Stiche gelassen wurde. Alles im Gerichtssaale war erschauert von dieser Aussage, nur Sauer nicht. Sogar seinen Alimentationspflichten entzog er sich.

Zeuge Oberbürgermeister Koller gibt Auskunft über das Verhalten Sauer's ihm und den Arbeitern gegenüber, er war empört über die Behandlung der Arbeiter durch Sauer und Holzhammer. Er schilderte dann Sauer's Verhalten beim Verkauf der Fabrik, wobei sich Sauer nicht unerschrocken bereicherte und den Verkäufer sowohl wie den Käufer schwer schädigte. Diese ziemlich umfangreichen Aussagen des Zeugen gaben auch zugleich einen interessanten Einblick in die kapitalistische Herrschaft, und zeigten, wie sich diese Stützen der Gesellschaft gegenseitig bedürmen. Durch andre Zeugen wurde nachgewiesen, daß Sauer schon in Unterjochen solche Dünzungen führte,

und daß ihm dort aus technischen, technischen und moralischen Gründen der Boden zu heiß geworden sei.

Ueber Strafen und Prämienabzüge wurde mitgeteilt, daß den Leuten bis zu 40 Mk. abgezogen wurde, schließlich sei das Bezirksamt eingeschritten; es habe angeordnet, daß den Leuten diese unredlichen Abzüge wieder refouit bezahlt würden, aber um diese Rückzahlungen nicht ins Uferlose anzuwachsen zu lassen, habe es einen bestimmten Termin angelegt.

Eine Anzahl Arbeiter der Fabrik, die eine Vertrauensklärung für Sauer in eine Zeitung legen ließen, worin sie die am 25. November in der Versammlung behaupteten Tatsachen anwachen zurückwies, mußten zugeben, daß sie überhaupt nicht wußten, was dort behauptet worden, weil sie nicht dort waren. Die Leute lachten zum Teil selber über ihre Dummheit. Ein paar weitere Zeugen Sauer's, Nachausseher Scheit und Saalmeister Hofmann, bekundeten, daß die Behandlung der Leute vorzüglich war, verweigerten aber die Antwort, als sie gefragt wurden, ob sie nicht selbst schon die Leute geschlagen und in der unterhöflichsten und rohesten Weise beschimpft haben.

Grabierend waren die Aussagen der Zeugen über die Liebesabenteuer der Sauer und Holzhammer. Ein Dienstmädchen Sauer's bekundete, daß S. wiederholt in ihr Schlafzimmer eindrang und daß sie nur unter Aufbietung aller Kräfte das schlimmste verhindern konnte. Bei weiteren Zeugnissen wurde die Deffentlichkeit ausgeschlossen, eine dieser Zeuginnen bekundete, daß sie als elfjähriges Mädchen von Holzhammer vergewaltigt wurde, einer andern riß er die Kleider auf usw.

Das Plätoyer unres Verteidigers Dr. Bernheim war vernichtend. Gruber und Lauschel wurden freigesprochen! Gen. Bild wurde wegen formeller Beleidigung — er hatte Holzhammer einen Halbhammel geheißen — zu 30 Mk. Geldstrafe verurteilt. Die gewiß nicht unerheblichen Kosten der stägigen Verhandlungen und des sonstigen Verfahrens tragen Sauer und Holzhammer. Soeben wird durch eine Zeitungsnachricht bekannt gegeben, daß die beiden Helden von Baum gehen. Von Interesse dürfte vielleicht noch sein, daß Herr Sauer vor Gericht unter Eid erklärte, als der starke Arbeiterwechsel zur Sprache kam, „daran sei die Landwirtschaft schuld, die entzühende der Industrie die Kräfte.“ Bisher hat man es immer anders gehört. Ein als Zeuge benommener Bürgermeister meinte, als er gefragt wurde, ob dem die Beanstandungen, die der Fabrikinspektor wiederholt machte, auch geregelt worden seien: „Ja, das waß in et, da Direktahats gesagt, un i hab's glaubt, i vafest' ja do nix davo“.

Da es unendlich ist, im „Proletarier“ einen erschöpfenden Bericht über die stägige interessante Verhandlung zu geben, so haben wir uns entschlossen, eine kleine Broschüre a 20 Pf. herauszugeben, zu beziehen durch das Bureau, Blumenstraße 43, 1. Etg., München.

## Aus der Zement- und Ziegelindustrie.

— **Unternehmerorganisation.** In Dresden ist am 12. Dezember die schon seit Jahren vergeblich angestrebte Syndizierung aller Ziegeleien der Dresdner Umgegend endlich zustande gekommen. Die zahlreichen Lohnbewegungen, die im letzten Sommer dort stattfanden, gaben wohl den letzten Anstoß dazu. Wir werden also in Zukunft mit ernstern Kämpfen zu rechnen haben als bisher, denn die neugeborene Ziegeleibitzerorganisation wird sich wohl darnach richten, recht bald die Feuerprobe zu bestehen. Die Ziegeleiarbeiter haben also alle Ursache, mehr denn je auf dem Posten zu sein, sich zu rüsten, um allen Ausbeutungsgeheimnissen der Ziegeleibitzer entgegenzutreten zu können. Die neue Organisation wird sich nicht damit begnügen, die zukünftigen Forderungen der Arbeiter abzulehnen, sondern sie wird auch den Versuch machen, das bis jetzt mühsam Errungene wieder zurück zu erobern. Deshalb hinein in den Verband, damit sie uns gerüstet finden.

— **Weihnachtsüberraschungen für Ziegeleiarbeiter.** Folgender echt christlicher und patriotischer Unternehmer hat aus Kirchheimbolanden gemeldet. In der Dampfziegelei von A. Eulrichmann u. Co. wurde den sämtlichen heimischen Arbeitern angeboten, sich nach andrer Arbeit umzusehen. Der Betrieb wird weiter geführt und zwar mit Hilfe italienischer Arbeiter, welche in Alford beschäftigt werden. Es ist dieses eine schöne Weihnachtsgabe! Sämtliche Arbeiter haben den ganzen Sommer ihre volle Kraft für geringen Lohn dem Geschäft gewidmet in der Voraussetzung, daß sie auch im Winter Verdienst haben. Anstatt dessen jetzt man die einheimischen Arbeiter auf das Straßengpflaster, überantwortet sie in dieser freierlichen Zeit dem Hunger und Stund, nur weil die ausländischen Arbeiter um ein paar Pfennige billiger arbeiten.

— **Erfurt.** In dem Bericht der preussischen Gewerbeinspektion werden die Arbeiterwohnungen des Herrn Martiny in Sommerda lobend erwähnt. Die Wohnungen sind neu erbaut, mit elektrischem Licht, Dampfheizung versehen, auch hoch und luftig. Nur hatten die Arbeiter keinen Hauschlüssel, und da um 10 Uhr geschlossen wird, so werden freie Arbeiter gezwungen, pünktlich wie die Soldaten um 10 Uhr zu Hause zu sein. Die Anerkennung des Herrn Gewerbeinspektors scheint nun Herrn Martiny hart gemacht zu haben, denn er hat der Organisation den Krieg erklärt. Unser Vertrauensmann wurde entlassen, weil er seine Mitarbeiter über ihre traurige Lage aufklären wollte. Jene 7 Jahre konnte er als Brenner für einen Stundenlohn von 20 Pf. sich ausbeuten lassen, bis es jetzt Herrn Martiny einfiel, ihn kurzweg zu entlassen. Den Grund für die Entlassung brauche er als Arbeitgeber nicht zu sagen, erklärte er unsern Kollegen. — Daß die sog. Wohlfahrtsvereinigungen, wie Arbeiterwohnungen, nur eine Fessel für den Arbeiter sind, dafür wird hier wieder der Beweis erbracht. Die fremden Arbeiter aus Bayern, Polen usw. werden unter allerlei Versprechungen herangezogen, und wenn sie hier sind, dann heißt es, mehr wird nicht gezahlt, wenn es nicht paßt, der geht. Da wir nun annehmen, daß der Gewerbeinspektor nur die Lichtseiten des Betriebes gesehen hat, so wollen wir ihn auch auf die Schattenseiten aufmerksam machen. Die Aborte sind in einem Zustande, der jeder Beschäftigungspotent, einige Sitze mußte man zuzugeln, weil es direkt lebensgefährlich war, dieselben zu benutzen. Die Gruben sind überfüllt, so daß es vor Gefahr nicht auszuhalten ist. In der Nähe des Aborts, kaum 5 Meter entfernt, befindet sich der Brunnen, natürlich stekt jeden Arbeiter dies Wasser an. Trinkwasserleitung ist nicht vorhanden, der Arbeiter muß seinen Durst in der Kantine stillen. Die 300 Arbeiter müssen schon viel verzehren, muß doch der Pächter der Kantine jein hohe Pacht zahlen. Garderobe und Speiseraum gibt es nicht, zum Verzehren der Mahlzeiten ist die Kantine da. Die Arbeiterinnen haben ihre Garderobe in der Stube des Meisters. — Unglücksfälle sind häufig. Diesen Sommer ist erst ein jugendlicher Arbeiter tödlich verunglückt, jetzt schon wieder einer. Der erstere war beim Schmiereln im Presssaal in die Welle gekommen und wurde einige Male mit herumgeschleudert worden. Man spricht zwar ab, daß der Unglücksfall durch das Schmiereln veranlaßt sei, der jugendliche Arbeiter sei aus Uebermut hinaufgeklommen, doch haben die Arbeiter gesehen, wie der Meister die Wellen aufgeschoben und weggetan hat. Der andre Arbeiter wurde am Elevator von den Tauen erfaßt und zwischen Tau und Treppen gedredt, so daß er ebenfalls sein Leben einbüßte. Nach dem Unfall geschah es, wurde eine Schutzvorrichtung angebracht. — Bei dem Unwetterloch zu den Kollergängen fehlt die Schutzvorrichtung. Das Loch ist platt im Fußboden und hat mindestens 1,20 Meter im Durchmesser. Fällt ein Arbeiter hinein, so kommt er in die messerartigen Gien des Kollerganges. Dabei fehlt es an einem Signal nach dem Maschinenhause, bei der elektrischen Anlage wäre es doch etwas Leichtes, dieses anzubringen, um im Falle eines Unglücks die Maschine sofort zum Stehen zu bringen. Ein Meister erklärte, als er auf die fehlende Schutzvorrichtung aufmerksam gemacht wurde: Die Kollergänge gehen ja langsam, wenn einer hineinfällt, ja kommt er wieder heraus, ehe die Gien ihn packen. Dabei ist das Loch vom Fußboden bis auf die Gien ziemlich mannshoch. — Bei jeder Arbeit ist Alford eingeführt. Jetzt wird ein Keil repariert, da nun der andre Keil nicht genug Dampf schaffen kann, so müssen die Arbeiter längere Pausen machen, so daß pro Tag kaum 5 Stunden gearbeitet wird. Der Thej verliert nichts dadurch, da ja alles Alfordarbeit ist. — Der einiger Zeit war eine Lieferung sehr eilig, die

Arbeiter wurden getrieben, damit ja alles schnell gehen sollte, bis Ziegel wurden eingesetzt, trotzdem dieselben noch nicht richtig trocken waren, auch wurde der Lehm wohl nicht so sorgfältig zubereitet. Die Folge war, daß ein großer Teil der Ziegel gerissen ist. Die Lieferung ist zurückgekommen und werden nun die Risse zugeklümpert. Das Schlimmste war aber, daß die Arbeiter dies unsonst machen sollten, es sollte jeder seine Ziegel ausbessern. Ein Kollege erklärte mir, daß er dann 3 Wochen unsonst arbeiten mußte.

Arbeiter und Arbeiterinnen der Ziegelgefäbril Sommerda, ihr steht, daß der einzelne nichts erreichen kann, eine Abstellung der Mißstände, Verbesserung der Löhne kann nur durch eine starke Organisation erreicht werden. Deshalb hinein in den Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen. Unsere Kollegen aber in Landsberg a. d. Warthe, in Bayern usw. werden es sich überlegen, ob sie den Sirenengeängen des Herrn Martiny auch ferner folgen werden.

— **Schömmar.** Am Sonntag, dem 8. Dezember, tagte im benachbarten Knetterheide eine öffentliche Zieglerversammlung, welche vom Gewerbeverein der lippischen Ziegler einberufen und von etwa 45 Personen, darunter einige Meister, besucht war. Als Referent war der Geschäftsführer des Gewerbevereins, Herr Kreiling-Deimold, erschienen, der in einem dreiviertelstündigen inhaltslosen Wortschwall den lippischen Gewerbeverein anpries. Besonders betonte er die Tätigkeit des Gewerbevereins in den letzten Jahren, die Verkürzung der Arbeitszeit im Jahre 1906, und die schriftliche Eingabe an den lippischen Landtag im Jahre 1907 betreffs Doppelbesteuerung der lippischen Ziegeleiarbeiter. In der Diskussion entspann sich eine heftige Debatte zwischen dem Referenten und dessen Sekundanten, einem Herrn Rettmann-Deimold, als Vertreter des Gewerbevereins, und dem Kollegen Berg-Hannover und zwei hiesigen Kollegen als Vertreter unres Verbandes. Kollege Berg zog einen Vergleich zwischen den „Leistungen“ des Gewerbevereins und den Leistungen und Zwangsjahren unsrer Organisation. Die Verkürzung der Arbeitszeit im Jahre 1906 sei am allermeisten auf das Konto des Gewerbevereins zu legen, da er, aller Mittel und T. At bar, nicht in der Lage sei, auch nur den geringsten Druck auf die Ziegeleibitzer auszuüben. Nur die Erfolge unres Verbandes im Jahre 1905 auf dem Gebiete der Arbeitszeitverkürzung auf 10 Stunden, ferner die Beschlässe der Magdeburger Zieglerkongferenz hätten eine Anzahl von Ziegeleibitzern veranlaßt, die beiseitenden Wünsche des Gewerbevereins zu berücksichtigen, um diesen dann als Sturmböck gegen unsre Organisation vorzuschieben. Nur das Vorwärtsschreiten unres Verbandes habe das freiwillige Zurückweichen der Ziegeleibitzer veranlaßt und so dem Gewerbeverein einen billigen Erfolg verschafft. Nach einer dreiviertelstündigen Debatte erhielt der Referent das Schlußwort, in welchem er, um den freien Gewerkschaften eins auszuweisen, das Stedenpferd des Reichstagenverbandes in allen Ganganarten der hohen Schule ritt. Sozialdemokratie, Konsumgenossenschaften, Hebel's Buch „Die Frau“ usw. mußten herhalten. Als Kollege Berg diese feige Kampfesweise durch Zwischenrufe kennzeichnete, wurde ihm mit dem Hausrecht gedroht, daß es dabei an Schimpfworten nicht fehlte, bedarf wohl keiner besondern Erwähnung. Das sind wir jedoch schon längst von den „Christen“ gewohnt und vergeben ihnen gern. Das Resultat der Versammlung war, daß wir den christlichen Zerpfitterern das Handwerk legten; wir machten einige Aufnahmen, und Herr Kreiling und sein Sekundant Rettmann zogen wie die betrübten Loggerder leer ab.

— **Wartin.** Als eine Ausbeutungsdomäne schlimmster Sorte zeigte sich die hiesige Ziegelei A. Preßin. Um die Arbeiter während der Kampagne an den Betrieb zu fesseln, erhalten sie nur regelmäßige Abschlagszahlungen, während der Rest nach Schluß der Kampagne ausbezahlt wird. Daß diese Art der Lohnzahlung auch noch dazu benutzt wird, die Arbeiter um den sauer verdienten Lohn zu betrügen, zeigt folgender Vorfall. Vor einiger Zeit harr der Kollege Karl Dünje, welcher in der genannten Ziegelei beschäftigt war. Bei der Schlußabrechnung ergab sich nach Angabe des Herrn Preßin, daß der verstorbenen Kollege, sowie Kollege Haffelbring nichts mehr zu fordern hatten. Die Sache erschien jedoch dem Kollegen D. sowie der Witwe des Kollegen Dünje nicht ganz geheuer, und übergaben sie die Angelegenheit dem Arbeitersekretariat in Rostock. Aus den Lohnbüchern wurde bei Dünje ein Fehlbetrag von 293 Mk. und bei Haffelbring ein solcher von 41 Mk. festgestellt. Auf Anraten des Arbeitersekretärs begab sich Kollege H. zu Herrn Preßin, um die Sache gütlich zu regeln. Dieser Versuch wurde jedoch durch Frau Preßin vereitelt. Wütend sprang sie auf den Kollegen H. los, packte ihn an der Brust, spuckte vor ihm aus, und rief: „Fui, ihr Schweinevöll, wollt ihr nicht gleich 1000 Mk. haben? Kraus mit euch!“ Die Sache wurde nun dem Arbeitersekretariat in Rostock zur weitem Verfolgung übergeben.

Dieser Vorfall zeigt wieder so recht deutlich, mit welcher Willkür und Selbstherrlichkeit die Ziegeleibitzer schalten und walten, so lange sie eine gedankenlose gleichgültige Arbeiterschaft vor sich haben. Zuzeit werden sie mit ein paar Betteilpennungen abgepeißt, dann sucht man sie noch darum zu betrügen, und wer sich das nicht gefallen läßt, der gehört zum Schweinevöll. Sie selbst aber zählen sich zu den Stützen von Thron und Altar. Doch wie steht in der Bibel geschrieben: „Wer dem Arbeiter seinen Lohn nicht gibt, der ist ein Blutthund.“ Sir. 34. Diese frommen Sprüche vermögen den Arbeiter jedoch nicht vor Ausbeutung zu schützen, das bleibt der Organisation vorbehalten. Mögen das die hiesigen Ziegeleiarbeiter alle beherzigen, nur dann können sie diesen Bluthunden einen Raulkorb vorbinden.

## Streiks und Lohnbewegungen.

— **Hannover.** Der Streit in der gemischten Fabrik in Seelze ist durch Verhandlungen beigelegt. Die Arbeit ist unter folgenden Bedingungen wieder aufgenommen: Die Kündigungsfrist ist eine sechsmonatliche und gilt nur zum Quartalschluß. Bei Verlassen der Arbeit, sei es freiwillig, bei Entlassung oder Streik, ist die Kündigungsfrist eine viermonatliche, soll jedoch möglichst zum Monatschluß vorgenommen werden. Ferner sind einzelne Paragraphen des Vertrages, die unbillige Härten enthielten, beibehalten geändert worden. Sofort werden mindestens 200 Streikende eingestellt, die übrigen nach Bedarf, jedoch soll die Einstellung in kürzester Zeit erfolgen. Anerkannt ist ein Arbeiterauschuß und eine Kommission der in Fabrikwohnungen Wohnenden, die Differenzen, die sich aus dem Mietvertrage ergeben, schlichten sollen. Die Verhandlungen wurden im Beisein des Organisationsvertreters geführt.

— **Regensburg.** Der Streit in der Zuderfabrik ist beendet, und wenn es auch nicht möglich war, einen vollen Sieg zu erringen, so war der moralische Erfolg dafür um so größer. Das mühsamste Zusammenstehen der Streikenden, die mit unerhätterlicher Geduld Tag und Nacht den Betrieb überwachten, ist es gelungen, dem stolzen Ritter v. Klauy einen Erfolg abzugewinnen. Am Montag wurde die Arbeit wieder aufgenommen, soweit dies bei der Eigenart des Betriebes möglich war, die übrige Arbeiterschaft wird diese Woche eingestellt. So geschlossen wie am ersten Streiktag standen die Leute auch am neunten Tag. Hoffen wir, daß es kein Strohfeuer war, sondern daß die Kollegen und Kolleginnen der Zuderfabrik muster-gültig für die übrigen Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen von Regensburg sind und bleiben. Denn wenn es uns auch in der letzten Zeit gelungen ist, annähernd 800 Mitglieder für die Organisation zu gewinnen, so ist doch noch vieles zu bessern und zu organisieren. Deshalb, vorwärts zur neuen Arbeit und zu neuen Kämpfen.

NB. Wir können uns an dieser Stelle nicht verlagen, mit einigen Worten der Unternehmerrücklinge, der sog. Arbeits-wütigen, zu gedenken.

Was es uns im vorigen Jahre schon möglich, beim Streit unrer Kollegen bei der Firma Schöry u. Sohn in München auf die Tatsache hinzuweisen, daß von 21 Streikbrechern 14 polizeilich nicht gemeldet, also untertunlich waren, so konnten wir auch in Regensburg wieder aufs neue feststellen, daß unter den Bundesgenossen der Direktion recht zweifelshafte Elemente sich befanden. Als nämlich die Streikenden den Vrat in durchaus erlaubter Weise das Betriebs-tische ihres Treibens aufzuwachen wollten, da verlegten zwei dieser Helden unse beiden Kollegen durch Meßerschnitz ziemlich schwer. Ein Kollege erhielt einen tiefen Stich in den Oberarm, der andre wurde in die Brust gestochen, so daß eine Rippe vollständig durch-



## Aus der chemischen Industrie.

### Die erste Tat der Blockade für die chemischen Arbeiter.

Der kenntnisreiche Graf Posadowsky hat aus dem deutschen Ministerium für Sozialpolitik, wie man das Reichsamt des Innern nennen kann, weichen müssen, als die Blockade mit ihrer Vereinigung aller Kapitalistenparteien unter den Bülow'schen Gelehrten stattfand. Posadowsky war sicher kein übertriebener Freund der Arbeiter gewesen. Speziell das Arbeiterschutzprogramm für chemische Fabriken und gegen gewerbliche Vergiftungen, das er noch kurz vor seinem Abzuge in der Reichstags-Sitzung vom 17. April d. J. entwarf, ging teilweise von so schiefen Voraussetzungen aus, daß wir uns genötigt sahen, es im „Proletarier“ vom 11. Mai sehr stark zu kritisieren, so sehr wir daneben anerkannten, daß Posadowsky schärfere Konzeptionsbedingungen und bessere Gewerbeaufsicht für unsere Giftkellen versprach, während er besondere Schutzverordnungen nur für den äußersten Fall in Aussicht stellte, in welchem jene „kleinern Mittel“ nicht mehr ausreichten. Seitdem ist fast das Arme, aber lerneisrigste Junfermann der Sprößling millionenschwerer Bankiersfamilien, Herr v. Bethmann-Hollweg, als echter Vertreter der konservativ-liberalen Paarung in das Reichsamt des Innern eingezogen. Und was er den chemischen Arbeitern bringt, ist vollends eine direkte Verschlechterung des bisherigen Arbeiterschutzes. Er deckt sich noch mit Posadowsky's Unterschrift. Aber es besteht doch wohl kein Zweifel darüber, daß es ihm freigestanden hätte, die Erblichkeit des Grafen Posadowsky zu verbessern, wenn er nur als „liberaler“ Minister wirklich gewollt hätte.

Als erste Tat des neuen Kurzes gibt er nämlich dem Reichstage unterm 26. November d. J. (Drucksache Nr. 505) von „neuen Vorschriften“ Kenntnis, welche der Bundesrat für Einrichtung und Betrieb von Anlagen zur Herstellung von Alkali-Chromaten beschlossen habe und die schon unterm 16. Mai 1907 in Posadowsky's letzten Tagen erlassen seien. „Neue Vorschriften.“ Das wäre ja außerordentlich löblich. Die alten haben nunmehr gerade zehn Jahre, seit 1. Juli 1897, bestanden, und waren schon damals kein Muster von Arbeiterschutz. In den zehn Jahren hat sich dann unendlich viel verändert und verbessert; warum sollten es nicht auch die Schutzvorschriften für Chromatarbeiter getan haben, die sich in der langen Zeit gründlich einleben und nun entsprechend verschärft werden konnten? Die Fabriken, welche das Alkalichromat herstellen, gehören zu den ertragreichsten der Niesenaktienbetriebe, welche die deutsche chemische Industrie aufweist. Die schwachen Arbeiterschutzvorschriften der ersten zehn Jahre haben den Profit nicht gehindert, schwindelnde Höhen zu erreichen — die bekanntesten 20 bis 30 und mehr Prozent! Dafür ist der Chromatstaub einer der bösesten Feinde der Arbeitergesundheit geblieben. Er ist sehr leicht löslich, und die Chromatlösungen üben eine stark ätzende Wirkung auf die menschlichen Schleimhäute aus. Sind die Arbeiter regelmäßig und lange der Einwirkung des Chromatstaubs ausgesetzt, so wird die Nasenschleimhaut durchgefressen und bis an die oberste Grenze des Nasenhornpels weggedrückt. Ferner treten Entzündungen der Luftröhre, asthmatische Beschwerden, Kopfschmerz und Geschwüre in der Rachenhöhle bei Chromatarbeitern auf. Die höchst schädliche Einwirkung des Chromat-

staubs auf die Arbeiter muß und kann also aus den reichen Ueberschüssen der chemischen Betriebe mit den schärfsten Mitteln bekämpft werden. Was bringen dagegen die „neuen Vorschriften“, die der neue Staatssekretär des Blocks bekannt gibt?

Bisher war in § 1 vorgeschrieben, daß die Zerkleinerung und Mischung der Rohmaterialien (Chromeisenstein, Natrium, Soda etc.) in Apparaten erfolgen soll, welche das Eindringen von Staub in die Arbeitsräume „tunlichst“ verhindern. Die alte Bureaufraßsprache! Nun konnte man sie für den Anfang passieren lassen. In der langen Zwischenzeit müssen aber doch bei strenger Fabrikaufsicht Apparate gefunden und hergestellt sein, welche den Staub nicht bloß „tunlichst“, sondern absolut von den Arbeitsräumen fernhalten. Solche Apparate müßten jetzt allenthalben vorgeschrieben werden. Aber das fällt den „neuen Vorschriften“ nicht ein. Ihr § 1 ist wörtlich vom alten § 1 abgeschrieben. Es bleibt trotz der zehnjährigen Erfahrung und Ausprobung beim „tunlichst“, damit nur ja das Kapital „tunlichst“ geht und nicht etwa zu starken Anforderungen seitens der Arbeiter oder der Gewerbeaufsicht ausgesetzt wird. Genau so sind die Vorschriften für die Arbeitsräume und Höfe, Anzüge und Mützen, Respiratoren, Wasch-, Umkle- und Speiseräume, sowie für die monatliche ärztliche Untersuchung der Chromatarbeiter, die Krankenbücher und die Entfernung erkrankter Arbeiter wörtlich dieselben geblieben, wie vor zehn Jahren. Mithin ist ein Fortschritt zu strengem Arbeiterschutz, etwa zum gesetzlichen Achtstundentag im Chromatbetrieb und zur wöchentlichen statt der monatlichen Untersuchung, vor allem auch keine strengeren Abwehrmaßnahmen gegen die Unternehmerrückwärts, die trotz wiederholter Warnung den Bestimmungen entgegenhandeln, können auf der Stelle ohne Entschädigung entlassen werden. Gut! Aber noch immer fehlt auch in den „neuen Vorschriften“ das Gegenstück dazu; daß auch die sofortige Betriebseinstellung erfolgen kann, wenn der Unternehmer trotz wiederholter Warnung nicht für den nötigen Arbeiterschutz sorgt. Also überall Stillstand und Rücksicht auf das Kapital!

Wenn es aber dies allein wäre! Nein — an drei Stellen bringen die „neuen Vorschriften“ sogar direkte Verschlechterungen für die Chromatarbeiter. In § 3 war bisher vorgeschrieben: „Die Zerkleinerung der Chromate“ (also des fertigen Faktors) „darf nur in dicht ummantelten Apparaten vorgenommen werden.“ Das war bestimmt und klar wenigstens für diese Arbeitsverrichtung. Was aber machen die die „neuen Vorschriften“? Sie schieben das berüchtigte Schonungswort „tunlichst“ auch hier ein und schreiben von jetzt ab nur noch „tunlichst dicht ummantelte Apparate“ vor. Wenn das einen Sinn haben soll, so doch nur den, daß die Ummantelung gegen den mörderischen Chromatstaub von jetzt ab nicht mehr so absolut dicht zu sein braucht, wie vorher! Die zweite Verschlechterung betrifft die Vorschriften beim Transport der Schmelze. Bisher hieß es in § 2, Absatz 2 streng: „Die Schmelze darf nur in nassen Zuständen oder in verdeckten Behältern transportiert werden.“ Das hat die armen Kapitalisten offenbar zu sehr behindert und gedrückt. Sie konnten vielleicht nicht genug antreiben und nicht rasch genug fabrizieren; sie mußten vielleicht zuviel Sorgfalt und Arbeit auf das Räffen oder Verdecken der Schmelze verwenden lassen. Und so haben sie es denn durchgesetzt, daß eine erhebliche Milderung des Absatzes für sie

vorgenommen wurde. In den „neuen Vorschriften“ heißt es jetzt: „Heiße Schmelze darf in beliebigen Gefäßen, erhaltete Schmelze nur in verdeckten Behältern transportiert werden.“ Das heißt: das Räffen der Schmelze ist überhaupt nicht mehr vorgeschrieben, und die heiße Schmelze darf sogar in beliebigen unverdeckten Gefäßen getragen werden. So „verbessert“ man den chemischen Arbeiterschutz! Die dritte und letzte Verschlechterung aber ist die schlimmste. In § 9 der bisherigen Vorschriften war, offenbar als Uebergangsbestimmung zum völligen Verbot, Frauen- und jugendliche Arbeit in Chromatfabriken noch einmal gestattet, wenn auch nur in Räumen und bei Vorrichtungen, welche sie mit Chromat nicht in Berührung bringen“. Doch sollte diese Uebergangsbestimmung nur bis zum 1. April 1907 Geltung haben. Wenn sie einen Sinn hatte, dann doch den, daß nach dem 1. April 1907 die Frauen- und jugendliche Arbeit ganz aus den Chromatfabriken verschwinde, wie es sich wohl auch angeht der gesundheitlichen Gefahren des Betriebes gehört. Statt dessen erlaubt der § 9 der „neuen Vorschriften“ von jetzt ab die Verwendung von Frauen und jugendlichen Arbeitern, die nicht mit Chromat in Berührung kommen, auf unbegrenzte Zeit; das Datum des gänzlichen Wegfalls der Frauen- und jugendlichen Arbeit ist einfach gestrichen! Der gute sozialpolitische Voratz der Reformata der neunziger Jahre ist nunmehr unter der „liberalen“ Blockade ins Gegenteil umgeschlagen.

Wehr braucht wohl von der ersten Tat des neuen Kurzes für die chemischen Arbeiter nicht gesagt zu werden, um auch sie darüber aufzuklären, was ihrer unter dem Bülow- und Dernburgkurs wartet, wenn sie sich nicht noch ganz anders rühren. Hoffentlich wird von unsern Abgeordneten im Reichstage die Etatsdebatte beim Reichsamt des Innern dazu benutzt, um Herrn v. Bethmann-Hollweg und seinen Hintermännern keinen Zweifel über die Stellung der Arbeiter zu ihren chemischen Arbeiterschutzverschlechterungen zu lassen.

### Vertustung der deutschen chemischen Industrie.

Neben der in der letzten Zeit vielfach erwähnten trübseligen Interessengemeinschaft zwischen den Elberfelder Farbenfabriken, der Badischen Anilin- und Sodafabrik, der Badischen Anilin- und Sodafabrik, die die größte chemische Industrie, wie aus Verwaltungsmitteilungen in der Generalversammlung der F. D. Nadel-Alliengeseilschaft hervorgeht, geheime Konventionen, denen die größten Firmen angehören. Die Verwaltung der erwähnten Gesellschaft erklärte, im Interesse ihres Unternehmens über die Konvention nur Angaben allgemeiner Natur machen zu können. Doch selbst die wenigen Angaben genügen, um zu erkennen, daß es sich bei dieser Konvention um einen sehr engen Zusammenschluß großer Unternehmungen handelt, denn die Verbindungen beziehen sich nicht nur auf Festsetzung von Preisen, über Patent- und Musterrecht, sondern sehen auch gegenseitige Gewinnbeteiligung vor. Vor einiger Zeit liefen bereits Redungen um über die Fusion des bekannten chemischen Industrieunternehmens der F. D. Nadel-Alliengeseilschaft in Dresden, die jetzt mit der bekannt gewordenen Konvention in Verbindung gebracht werden. Es scheint demnach die Vertustung in der chemischen Industrie sich fast reiflich vollzogen zu haben. Die Vermutung, daß die geheime Konvention mit dem Konzern Elberfeld-Ludwigshafen-Treptow in Verbindung steht, ist gleichfalls nicht unwahrscheinlich. Die Organisation, die drei der größten Betriebe offenkundig zu einem Traktat zusammenfaßt und die übrigen als Konkurrenten aufstrebenden leistungsfähigen Fabriken durch geheime Vereinbarungen beherrscht, wäre wohl die wirksamste zur Ausplünderung der Konsumenten und zur Knebelung der eigenen Arbeiterschaft.

Die „Frankf. Ztg.“ freilich meint in einem Artikel „Aus der chemischen Großindustrie“ in ihrem Abendblatt vom 22. November d. J., es scheine, „daß zunächst eine weitere Verschmelzung nicht

## „Ich tret' aus!“

(Auch ein „geflügeltes Wort“ in der Gewerkschaftsbewegung.)

In der modernen Gewerkschaftsbewegung sieht man auf zwei besonders beachtenswerte Spezies von Menschen, die sich immer und überall als Wegelagerer des Fortschritts diesem selbst in den Weg stellen.

Die einen rangieren zu jener vom Gesetze der Trägheit erfüllten Sorte von Individuen und Gleichgültigen, die kein Gefährnis aus ihrem seelischen Gleichgewicht zu bringen vermögen und die mit eiserner Beharrlichkeit allem Fortschritt Trotz bieten, indem sie sich mit der Ueberlegenheit des alles-Besserwissenden zu der bequemsten Weisheit, „es sei immer so gewesen“, bekennen und so jedes Gesetz der Fortentwicklung einfach negieren. Höchstens dann, wenn ihnen lange und einbringlich genug die Notwendigkeit eines beruflichen Zusammenschlusses vor Augen geführt wird, geschieht es zuweilen, daß sie sich erweichen lassen und zugeben, „daß, wenn etwas erreicht wird, ja auch sie mit davon profitieren“ und es deshalb ja gar nicht nötig haben, sich selbst in einer Organisation zu beteiligen. Ueber diese schmarozenden Schlingengewächse, die sich an dem Baume des menschlichen Fortschritts emporranken und von seinen Säften zehren, ist schon viel geschrieben und gesprochen worden, und wenn auch zugestanden werden muß, daß infolge des moralischen Einflusses der gewerkschaftlichen Erziehungsarbeit hier manches besser geworden sei, anstehen wird diese Sorte von Egoisten, die auf die Ernte warten, die andre gesät und gepflegt haben, niemals.

Weniger scheint aber noch auf eine zweite Gattung von Menschen hingewiesen worden zu sein, die nicht nur der gefährlich für den Kampf der Arbeiter um ihre Lebenshaltung ist. Wie oft und bei welchen verschiedenen Gelegenheiten stoßen wir doch immer wieder auf die nicht geringe Zahl von Leuten, die einer Berufsorganisation bereits angehören, die aber sofort, wenn irgend etwas eintritt, was ihnen nicht behagt, oder was sie sich nicht auf den ersten Blick erklären können, die Drohworte bereit haben: „Ich trete aus!“ Wie das letzte Mittel der Könige die Kanone ist, so stellen sich jene Raiben in der modernen Arbeiterbewegung dieses „geflügelte Wort“ als das zweckentsprechendste Freiheitsmittel vor; um ihren Willen mitunter auch gegen die Meinung der Majorität durchzusetzen. Das immer die Organisation unternimmt, immer vergessen solche im Grunde ihrer Seele oftmals recht brave Menschen, daß nie eine Handlung zugleich allen recht ist und daß ein organisatorisches Gebilde eben nur dann bestehen kann, wenn sich der einzelne der Gesamtheit unterordnet. So sehr man jede freie Meinungsäußerung auch innerhalb einer Organisation als der Erkenntnisverweigerung dienlich und den Gesamtinteressen nützlich anerkennen muß, so darf doch nie vergessen werden, daß jede soziale Institution in dem Momente aufhören müßte, wo jeder einzelne seine Mitwirkung an einem gemeinsamen Werke nur deshalb verweigert, weil er seine Person und seine Meinung über alles stellt und jedes Majoritätsprinzip grundsätzlich verachtet.

Zu keiner Zeit kann das „Ich tret' aus!“, diese Leutje der Selbstverleugung, so verhängnisvoll werden, als wir uns ihm am

häufigsten begegnen — nach einem ausrichtlos oder mit nicht allseitig befriedigenden Ergebnissen beendeten Lohnkampf. Hier erhebt sich in der Regel sofort die ganze Schar der Schwachmütigen und Verzweifelten, denen es scheint, als wären alle Brücken zerbrochen, und der einzelne, der in solchen Situationen seinen Kollegen das resignierte, von stummer Unterwerfung zeugende „Ich tret' aus!“ zurufen kann, hier in der Tat zuweilen recht argen Unheil anrichten. Die ganze Psyche des Lohnarbeiters entspricht bekanntlich nur allzu sehr dem hangenden Zweifel und der verzagenden Hoffnungslosigkeit, die nur durch eine gründliche prinzipielle Schulung in der Organisation beseitigt werden können. In dieser Aufgabe wirkt nichts fördernd, und für nichts ist der nicht- oder halbdurchgebildete Arbeiter empfänglicher, als für das jede Zukunft feige preisgebende: „Ich tret' aus!“ Gelingt irgend eine Aktion der Gewerkschaft nicht so, wie man sie erwartet hatte, blieb eine Intervention derselben bei einem Unternehmer erfolglos, so kommt natürlich immer wieder der letzte Truntpf, das Justament, das man der Organisation entgegenbringt: „Ich tret' aus!“ Oft genug vermag ein einzelner, der so redet, eine erkleckliche Anzahl zu seiner pessimistischen Welt- und Lebensauffassung zu bekehren, und in Zeiten einer erlittenen Niederlage im Kampfe wirkt dieser zerlegenden Wahlspruch wie eine Pest. Eine Pest im moralischen Sinne ist es in der Tat, wenn ein solches Schlagwort der Verzweiflung und Denkschwäche geprägt und unter den Arbeitsgenossen in Umlauf gesetzt wird.

Von einem kleinen boshaften Jungen, der sich im Winter die Finger erfroren hatte, wird erzählt, daß er schadenfroh erklärt habe: „Gott, jetzt geschieht meinem Vater recht, daß ich mir die Hände erfroren habe; warum hat er mir keine Handschuhe gekauft!“ An diese Anekdote erinnern auch die guten Leute mit ihrem Drohwort: „Ich tret' aus!“ sehr lebhaft. Weil ein Erfolg ausgeblieben ist, und eine Sache nicht durchzusetzen war, erklären sie, mit ihrer Drohung jemandem Trotz bieten zu wollen, während sie, genau genommen, doch nur selbst dieser jemand sind, der durch ihr eigenartiges Verhalten getroffen wird. Statt gerade dann, wenn die Organisation einen Misserfolg oder wenigstens keinen vollen Erfolg zu verzeichnen hat, daraus die Lehre zu ziehen, daß nun alle Kräfte angepannt werden müssen, um Verkanntes nachzuholen und die Organisation kräftiger und schlagfertiger zu machen, erklären sie wie trotzig Kinder, „nicht mehr mitmachen zu wollen“, und verziehen auch andere zur Fahnenflucht, pflanzen Misgunst und Verzagttheit, wo Aufmunterung und Belehrung der Schwachmütigen am Platze wäre. Es werden ja, ohne daß sie es ahnen und berücksichtigen, zu Helfershelfern der Unternehmerrückwärts, die nichts technischer wünschen, als daß die Organisationen zurückgehen, daß Misgunst und Verzagttheit die Reihen der Kämpfenden lücken helfen. Bei jeder Gelegenheit beraten die Unternehmer, wie sie eine Schwächung der Arbeiterorganisationen herbeiführen können; und das Mittel hierzu wäre doch gar zu einfach, wenn wirklich ein jeder durch die mangelnde Stärke einer Gewerkschaft herbeigeführte Misserfolg die Arbeiter davon abbringen könnte, wie notwendig es sei, daß man jetzt — austritt. So liegt also in den leichtfertigen und garstigen Worten: „Ich trete aus“ eine ganze Welt der Reaktion, die aller kulturellen Fortentwicklung hindernd im Wege steht. Als ein Schlagwort, das unsere Zeit vergiftet und in jeder sozialen Gemeinschaft wie

zerlegendes Scheidewasser wirkt, muß auch dieses antisoziale Sprüchlein bekämpft und ausgeremert werden, wenn ein hartnäckiges Bollwerk fallen soll, daß bei jedem Schritte nach vorwärts sich uns in den Weg stellt. „Ich tret' aus“ bejagt doch weiter nichts als: Weil ich durch die Organisation nicht alles für mich erreichen konnte, was ich mir von ihr versprochen, verzichte ich auch für die Zukunft auf all das, was ich lediglich der Organisation zu danken habe, auch auf all das, was durch die Organisation noch erreicht werden könnte, wenn in derselben noch manches anders werden würde, das ich anders wünsche. Man will aber doch nicht wohl in Zukunft auf die Vorteile verzichten, die die Organisation einem in der Vergangenheit bot, auch nicht auf das, was sie einem in Zukunft noch weiter bieten könnte, wenn manches Hemmnis, das dem noch im Wege steht, beseitigt würde. Man will nicht auf all die Vorteile verzichten, welche die Organisation einem bietet oder noch bieten kann. Nein, deshalb tritt man nicht aus; man tritt ja gerade deshalb aus, weil man mit dem, was die Organisation einem bot, nicht zufrieden war, wenigstens dürfte dies der häufigste Grund zu der Erklärung sein: „Ich tret' aus“. Durch Aufgabe des zu Wenigen, was die Organisation einem vermeintlich bietet, wird aber nicht mehr erreicht, sondern eben alles Erreichbare aufgegeben; weil man mit dem einen Ei, das die Henne pro Tag legt, nicht zufrieden ist, verzichtet man auf dieses und tötet in seinem Unmut die Henne, die — Organisation. Das ist eine Handlung, welche mit dem Verlust des Austritts in unlösbarer Widerspruch steht: man bringt eine Quelle des Wohlstandes zum Verfliegen, obwohl man wünscht, daß sie reichlicher fließe.

Was hat man also durch seinen Austritt erreicht? Nichts gewonnen, alles verloren, oder „gewonnen“ doch nur an Misgunst. Trät man aber wegen dieses „Gewinns“ aus? Wahrscheinlich nicht; man wollte materiell gewinnen, mindestens aber seelisch. Der Erfolg ist aber nicht nur nicht ein materieller, sondern auch ein seelischer; man hat sich also in jeder Beziehung verschlechtert. Und das, weil man nicht dachte und sich von Stimmungen beherrschen ließ, die nur für den Augenblick Befriedigung gewähren können, niemals auf die Dauer.

Ferner kommt noch hinzu, daß die Vertrauensleute, Unterlassener, ja selbst Vorstandsmitglieder oftmals, wenn auch nicht direkt „austraten“, so doch wegen jeder geringfügigkeit ihren Posten hinstießen. Kommen solche Leute mit ihren Anschauungen nicht durch, wird von irgendwelcher Seite nur die oftmals berechnete Kritik geübt, so ist stets die Antwort: „Rehnt euch einen andern“. Solche Personen haben sich noch lange nicht damit abgefunden, daß jemand, wenn er im öffentlichen Leben steht, sich stets einer Kritik unterziehen lassen muß, weil ja bekanntlich nicht alle Personen einer Meinung sind. Das Interesse der Allgemeinheit muß turnhoch über dem Interesse einer einzelnen Person stehen, ebenso muß sich jeder bewußt sein, daß er sich dem Gesamtinteresse unterwerfen muß. Es darf also in Zukunft nicht mehr heißen: „Ich tret' aus“ oder „Ich lege meinen Posten nieder, wähl' euch einen andern“ usw. Solche Drohungen wirken nicht ermunternd auf die übrigen Mitglieder, und wir oftmals waren die Folgen solcher Drohungen von unheilvollen Erscheinungen begleitet!

